



Wohnungspolitik



Seite 4

Parteitag



Seite 5

Neue Wege



Seite 6

Aus der Bezirksverordnetenversammlung

Im Schnellgang



Auch im Jahr 2006 hat sich wieder bewährt, was sich seit etlichen Wahlen bei Beobachtern der Berliner Bezirkspolitik als verlässliche Größe etabliert hat:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow ist immer für eine Überraschung gut. Hatte es nach der Neuwahl 2001 mehrere Monate gedauert, bis die Gremien des Bezirkes mit der Wahl des Bezirksbürgermeisters und des Bezirksamtes voll arbeitsfähig geworden waren, so schaffte es die neu gewählte BVV 2006 in vier Stun-

den und 10 Minuten. Das Eröffnungspräsidium bestand aus dem Alterspräsidenten Klaus Rothe (Die Grauen), der seine Sache sehr gut machte, und den zwei jüngsten Bezirksverordneten. Burkhard Kleinert (Linksfraktion) wurde mit 38 gegen 13 Stimmen zum neuen Vorsteher der BVV und Manfred Schülke (SPD) mit 44 gegen 8 Stimmen zu dessen Stellvertreter gewählt.

Da das Wahlergebnis zu neuen Kräfteverhältnissen in der BVV geführt hat, brachte auch die Wahl des Bezirksamtes keine Überraschungen mit sich. Matthias Köhne (SPD) wurde mit 31 gegen 12 Stimmen neuer Bezirksbürgermeister, Almuth Nehring-Venus (Linksfraktion) mit 40 gegen 11 Stimmen seine Stellvertreterin und Stadträtin. Jens-Holger Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) wurde mit 31 gegen 8 Stimmen zum Stadtrat, Lioba Zürn-Kasztantowitz (SPD) mit 44 gegen 5 Stimmen zur Stadträtin, Martin Federlein (CDU) mit 19 gegen 5 Stimmen zum Stadtrat und Christine Keil (Linksfraktion) mit 38 gegen 12 Stimmen zur Stadt-

rätin gewählt. Am nächsten Tag konstituierte sich das Bezirksamt und gab sich folgende Geschäftsverteilung: Köhne – Personal, Finanzen, Umwelt; Nehring-Venus – Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Kultur und Europaangelegenheiten; Kirchner – Öffentliche Ordnung Verkehr und Verbraucherschutz; Federlein – Wohnen und Bürgerdienste; Zürn-Kasztantowitz – Gesundheit, Soziales, Schule und Sport; Keil – Jugend und Immobilien.

Die neue BVV erledigte jedoch nicht nur schnell ihre Aufgaben, sie setzte angesichts der Wahlerfolge rechtsextremer Parteien auch ein deutliches Zeichen:

Ohne sich konkret auf den Bezirksverordneten der „Republikaner“ zu beziehen, haben der Alterspräsident, der neue Vorsteher und der neue Bürgermeister deutlich gemacht, dass das Gedankengut und die Inhalte, für die dieser Mann steht, weder in der BVV noch im Bezirk Platz haben oder finden dürfen.

Wolfram Kempe
stellv. Fraktionsvorsitzender

Neu in der Fraktion

Mit der Wahl vom 17. September zog ich als eine „der Neuen“ in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Pankow ein. Schon seit meiner Schulzeit bin ich politisch im Umfeld der PDS aktiv.

Meine inhaltlichen Schwerpunkte waren vor allem im Bildungsbereich, konkret der SchülerInnenpolitik und Rechtsextremismus. Als Gründungsmitglied von [solid] - die sozialistische Jugend war ich die ersten Jahre mit dem organisatorischen Aufbau und der inhaltlichen Profilierung dieser neuen Jugendstruktur beschäftigt. Durch diese Tätigkeit und die Arbeit in verschiedenen Bündnissen verschob sich meine politische Ausrichtung auf den Bereich der Hochschulpolitik und Bildungspolitik.

Neben diesen Themen engagierte ich mich im Bezirksverband und war bis Mai 2006 Mitglied im Bezirksvorstand der Linkspartei in Pankow. Durch mein Studium der



öffentlichen Verwaltungswirtschaft erweiterte sich mein Interesse auf den Bereich von Verwaltungshandeln und der Finanzwirtschaft des Landes Berlin. Das Studium werde ich im nächsten Jahr abschließen. Trotz der knappen finanziellen Rahmenbedingungen und dem damit

verbundenen engen Spielraum für linke Kommunalpolitik reizte mich eine Kandidatur für die Linkspartei.

Das bedeutet auch, sich an den Bedürfnissen der BewohnerInnen des Bezirkes zu orientieren und sich für ihre Interessen einzusetzen.

So entschloss ich mich, für die Linke in Pankow zu kandidieren. Ich verstehe meine Tätigkeit als Bezirksverordnete der Linkspartei nicht als Selbstzweck.

Mir geht es darum zu vermitteln, was wirklich möglich ist und welchen realen politischen und finanziellen Spielraum es in Pankow gibt. Aus diesem Grund sitze ich auch in den Ausschüssen für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz und dem Finanzausschuss.

Als „Frischling“ ist man nicht davor gefeit Fehler zu machen. Aber aus Fehlern kann man lernen.

Katja Haese
Bezirksverordnete

Aus dem Abgeordnetenhaus

Spannender Job für die Stadt

extraDrei sprach mit Carola Bluhm, der neuen Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus:

Carola, Du bist jetzt Fraktionsvorsitzende. Wie siehst Du deine neue Rolle?

Es ist einer der spannendsten Jobs in der Stadt. Ich freue mich auf die Herausforderung und auf eine gute Zusammenarbeit mit der Fraktion. Wir haben eine knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Da kommt es gerade auf gute Kommunikation an – in der eigenen Fraktion wie auch in der Abstimmung mit der SPD. Übrigens stehe ich nicht allein da. Marion Seelig, Martina Michels und Stefan Liebich sind profilierte und erfahrene Stellvertreter.

Bei den Koalitionsverhandlungen warst Du Mitglied der großen Verhandlungsgruppe SPD-Linkspartei und hast darüber hinaus den Bereich Bildung verhandelt. Was ist Dein Fazit?

Die Verhandlungen waren anstrengend, aber sie haben sich unter dem Strich gelohnt: Wir haben uns in unseren zentralen Projekten und Wahlversprechen durchgesetzt. Mit einer Pilotphase beginnen wir den Einstieg in die Gemeinschaftsschule. Gleichzeitig haben wir es geschafft, Verbesserungen für alle Schulen durchzusetzen. Ich nenne nur die Neueinstellungen von Lehrern zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalles, die 400 neuen Referendare oder das Personalbudget, dass die Schulen erhalten sollen. Mit dem öffentlichen Beschäftigungssektor haben wir ein weiteres Zukunftsprojekt verankern können. Für 2.500 Menschen in der Stadt können so sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen werden. Wir haben aber auch verhindert, dass mit der Abrissbirne durch die soziale Infrastruktur der Stadt gegangen wird.

Ich finde es außerdem ganz wichtig für Berlin, dass öffentliche Unternehmen wie die BVG, die Krankenhausgesellschaft Vivantes und auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht privatisiert werden.

Wo liegen denn die Schattenseiten der Koalitionsvereinbarung?

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass Berlin nach dem Urteil von Karlsruhe allein dasteht.

Das bedeutet, dass wir keine zusätzlichen Finanzmittel vom Bund bekommen werden. So schwierig ich das Urteil finde, weil es ein Stück weit das Ende des solidarischen und den Einstieg in den Wettbewerbsföderalismus markiert, können wir dennoch Berlins Stärken stärken.

Teile der SPD von diesem Kurs zu überzeugen, insbesondere den Finanzsenator Thilo Sarrazin, war nicht leicht.

Die Schattenseiten, die vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger spüren, haben natürlich mit dem fehlenden Geld zu tun.

Die Erhöhung der Grundsteuer und Grunderwerbssteuer waren wahrlich keine leichte, geschweige denn populäre Entscheidung. Wir setzen sie aber durch, u.a. um die jährlichen 80 Mio. Euro im Bildungsbereich für mehr Lehrer und Referendare zu finanzieren.

Die Kita konnten wir nicht für alle ganztägig kostenfrei machen. Auch für das Projekt Gemeinschaftsschule hätten wir gern mehr Geld gehabt.

Problematisch ist auch die Frage, dass ab 2009 Einsparungen im öffentlichen Dienst zu erbringen sind. Das sind die Fallstricke, bei denen wir sehr wachsam sein müssen.

Auf dem Landesparteitag der Berliner Linkspartei gab es Stimmen, die angesichts der Wahlniederlage den Gang in die Opposition forderten. Wäre es in der Opposition leichter? Auch gegenüber den Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Akteuren?

Ich finde, in der Opposition ist es mitnichten leichter. Über zehn Jahre haben wir darin Erfahrung. Die Herausforderungen habe ich schon benannt.

Auf diese kann man in der Regierung wirkungsvoller reagieren. Schwierig ist auch, dass unsere Fraktion kleiner geworden ist. Das stellt umso größere Anforderungen



an jeden von uns als Abgeordnete einer Regierungsfraktion.

Notwendige Entscheidungen mit einer knappen Mehrheit zu meistern, wird nicht leicht werden. Wir sollten uns aber vor der Verantwortung und vor allem vor unseren Wählerinnen und Wählern nicht drücken. Sie wollen eine soziale Politik, die den Zusammenhalt der Stadt stärkt. Die gibt es nur mit der Linkspartei. Die Entwicklung des Gemeinschaftsschulkonzeptes ist ein gutes Beispiel dafür. An einigen Stellen können wir sicher noch besser werden. Daran arbeiten wir auch schon. Um eine bessere Abstimmung mit unseren politischen Partnern außerhalb des Parlaments zu verbessern, gibt es künftig regelmäßige Treffen mit den Gewerkschaftsspitzen.

Im Übrigen arbeiten wir in der Regierung auch wunderbar mit anderen außerparlamentarischen Akteuren zusammen.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass unsere zentralen Projekte - wie den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, die Gemeinschaftsschule und der Erhalt öffentlicher Unternehmen - gelingen. Und ich wünsche mir, dass die Arbeit unserer Senatsmitglieder Heidi Knake-Werner, Katrin Lompscher und Harald Wolf in der Stadt ein positives Echo findet.

Interview:
Sebastian Schlüsselburg

Haushalt nach Karlsruhe

Kein Kaputtsparen



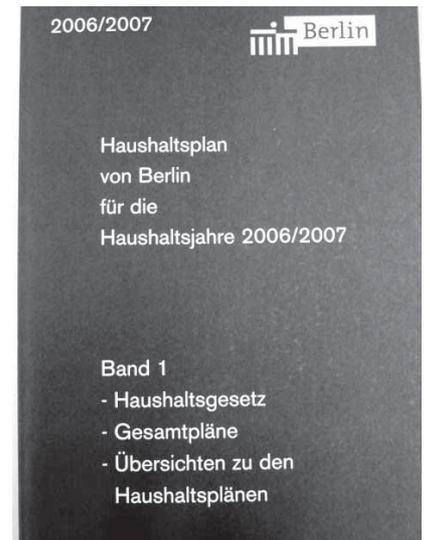
Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage Berlins auf Unterstützung beim Abbau seiner Schulden abgewiesen. Eine extreme Haushaltsnotlage wollten die Richter nicht erkennen, sondern nur eine angespannte Haushaltslage.

Diese könne das Land „mit großer Wahrscheinlichkeit aus eigener Kraft überwinden“, etwa durch Ausgabenkürzungen und den Verkauf von Landesbesitz, wie z.B. den landeseigenen Wohnungen. Berlin habe kein Einnahmeproblem, sondern es gebe zuviel Geld aus. Als Beispiel dafür nannten die Richter „Mehrausgaben Berlins gegenüber Hamburg von eindrucksvollen Ausmaßen“ in den Bereichen Wissenschaft und Kultur. Berlin erhält somit keine Entschuldungshilfen vom Bund und muss sich aus eigener Kraft helfen. Die Konsolidierungsanstrengungen wird die neue Rot-Rote Koalition wie geplant fortsetzen, aber es wird kein sinnloses Kaputtsparen geben. Durch zusätzliche Kürzungen, wie von den Oppositionsparteien gefordert, kann die Schuldenfalle nicht bewältigt werden. Wer dies will

müsste Berlin bis zum Jahr 2020 mit Kürzungen von über 2,6 Milliarden Euro überziehen. Um sich die Dimension einer solchen Sparorgie vorstellen zu können, ein Beispiel: Würde man die Humboldt-Universität schließen, könnte das Land im Jahr den Zuschuss von rund 300 Millionen Euro sparen und damit lediglich das Anwachsen der Zinsen abmildern.

Solche Schritte wären unsinnig und politisch verantwortungslos. Sie würden nicht nur die Zukunftspotentiale dieser Stadt zerstören, sondern auch ihre Infrastruktur und damit letztlich den sozialen Zusammenhalt dieser Stadt.

Aufgrund der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre können wir die laufenden Ausgaben durch die Einnahmen finanzieren. Die Rot-Rote Koalition hat sich auf die politischen Prioritäten Bildung, Wissenschaft, Kultur, Armutsabbau und Arbeitsmarktpolitik verständigt. Damit werden zum einen die Stärken dieser Stadt ausgebaut und gute Rahmenbedingungen erhalten. Zum anderen wird der soziale Zusammenhalt



dieser Stadt ebenso gefördert wie die Integration. Gleichzeitig wollen wir die Neuverschuldung verringern und werden dafür die zusätzlichen Steuereinnahmen verwenden.

Und wir werden - trotz der Weigerung der Bundesregierung - über weitere finanzielle Zuweisungen verhandeln. Denn die Sonderzahlungen des Bundes für den Regierungssitz Berlin sind nicht kostendeckend.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Spekulanten, Mieter, Kaufverbot



Die „Beinahe-Insolvenz“ der Wohnungsbaugesellschaft Mitte mit ihren rund 28.000 Wohnungen Anfang des Jahres hatte auch ihr Gutes: Politik, Mieter und Öffentlichkeit diskutieren seitdem äußerst sensibilisiert über die richtige Strategie im Umgang mit den sechs kommunalen Gesellschaften Berlins. Sie debattieren auch über die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, die verbliebenen 270.000 öffentlichen Wohnungen in der Stadt zu erhalten. Insbesondere das Beispiel des vollständigen Verkaufs der öf-

fentlichen Wohnungsbestände in Dresden hat die Berliner Debatte massiv befördert. Kaum ein Tag vergeht ohne die neuerliche Ankündigung von Investoren, „sehr gerne“ auf dem Berliner Markt kaufen zu wollen. Noch gilt das Berliner Mietniveau als vergleichsweise niedrig.

Was für den sozialen Zusammenhalt Berlins und die Mieter gut ist, stellt in den Augen internationaler Finanzinvestoren eher ein Versprechen auf eine langfristig gute Rendite dar. Sie setzen darauf, dass sich die aktuell niedrigen Mieten in Berlin langfristig steigern und schrittweise an das Niveau von München, Frankfurt oder London angleichen werden.

Mit ihren Kaufabsichten stehen die Investoren zudem nicht alleine. Denn die Phalanx der politischen Privatisierungsbefürworter ist gleichfalls groß. Sie reicht von CDU und FDP bis weit in die Berliner SPD. Auch Bündnis '90/Die

Grünen sind längst in dieses Lager übergelaufen und propagieren offen den Verkauf von bis zu 70.000 öffentlichen Wohnungen.

Es zählt deshalb zu den größeren politischen Erfolgen der Linken in den letzten Wochen, dass - ungeachtet des erheblichen Drucks nach der Urteilspleite von Karlsruhe „endlich zu verkaufen“ - in der rot-roten Koalitionsvereinbarung umfassende Regelungen aufgenommen worden sind, die einen Verkauf von Beständen an Finanzinvestoren prinzipiell ausschließen. Dies löst ganz sicher nicht im Selbstlauf die großen betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einzelne kommunale Gesellschaften immer noch haben. Aber dass sich die rot-rote Koalition mit einem Kaufverbot an die Seite der Mieter und offen gegen die Investoren und den neoliberalen „Mainstream“ stellt, ist sehr viel in diesen Zeiten.

Carl Wechselberg

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Sonderparteitag

Linkspartei stimmt für Rot-Rot

Euphorie kam im Rathaus Schöneberg nicht auf, als sich die Delegierten des Berliner Landesparteitages der Linkspartei.PDS am 19. November für eine Neuauflage der Koalition mit der SPD aussprachen. Für Heiterkeit sorgte nur das Abstimmungsergebnis von 111 Stimmen für den entsprechenden Antrag des Landesvorstandes bei elf Gegenstimmen und elf Enthaltungen. Die Abstimmung war der Schlusspunkt einer konzentrierten und oft sehr kontrovers geführten Debatte, bei der vor allem über Risiken und Nebenwirkungen der Berliner Regierungsbeteiligung gesprochen wurde.

Klaus Lederer, der Landesvorsitzende der Berliner Linkspartei. PDS eröffnete die Tagung mit einer sehr nachdenklichen Rede. Auf der Haben-Seite des Koalitionsvertrages für die Linkspartei stehen ein öffentlicher Beschäftigungssektor in Berlin mit 2.500 Stellen und der Einstieg in die Gemeinschaftsschule. Der Vertrag bekennt sich zum Erhalt und zur Sicherung der öffentlichen Infrastrukturunternehmen der Daseinsvorsorge. Es wird ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus geben. Im Kultur-, Wissenschafts- und Sozialbereich werden keine weiteren Kürzungen verhängt. Im

Bildungsbereich wird es Verbesserungen geben. Der Kita-Besuch wird ab 2010/11 für Kinder ab drei Jahren kostenfrei sein.

Dem Erreichten stehen aber auch vertagte Konflikte gegenüber: Die Sicherung eines gebührenfreien



Studiums fand keinen Eingang in den Koalitionsvertrag.

In zwei Jahren stehen weitere finanzielle Kürzungen im Öffentlichen Dienst an. Für die erklärte Sicherung der Landesunternehmen müssen zunächst erst noch Konzepte erarbeitet werden.

Fazit der Rede von Klaus Lederer: Das Gesamtergebnis der Verhandlungen kann eine Ablehnung des Vertrages nicht rechtfertigen. Dieser Folgerung schloss sich die

große Mehrheit der Parteitagsdelegierten an.

Gleichzeitig beschlossen die Delegierten einen Antrag, der die zukünftig sehr viele engere Einbeziehung des Landesparteitages und von Genossen in die Politi-

entwicklung und bei strittigen Entscheidungen im Senat und Abgeordnetenhaus vorsieht. Dies stellt auch einen ersten Schritt der Berliner Linkspartei im Umgang mit der Wahlniederlage vom 17. September dar. Die Gesamtpartei soll in Zukunft enger und auch rechtzeitiger in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden.

Gernot Klemm
Bezirksvorsitzender der
Linkspartei Pankow

Lebhafter Disput

An zwei Basistagen im November diskutierten die Genossinnen und Genossen des Bezirksverbandes über Probleme und Inhalte des Entwurfs der Koalitionsvereinbarung, die schriftlich vorlag. Am 16. November war der Landesvorsitzende Klaus Lederer unser Gesprächspartner.

Für mich als Basissprecherin waren folgende Punkte in den Ausführungen von Genossen Lederer und in der Diskussion wichtig:

Die Linkspartei.PDS hat wesentliche Positionen aus ihrem Wahlprogramm in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Verständlicherweise ist die Koalitionsvereinbarung ein Kompromiss, der sowohl Chancen als auch Risiken birgt. Die erstrittenen Positio-

nen müssen nun in der kommenden Legislaturperiode mit Leben erfüllt und die konkreten Projekte in ihren Inhalten präzisiert und geschärft werden. Die Koalitionsvereinbarung wurde in unserer Partei in einem transparenten und kollektiven Prozess erarbeitet, der durch Sachkompetenz und konzeptionelle Arbeit gekennzeichnet war.

Einen Grund für Euphorie gibt es nicht. Viele Fragen sind noch offen. Angesichts des Karlsruher Urteils, der Finanznotlage der Stadt und unserer durch das Wahlergebnis geschwächten Kräfte sind große Anstrengungen nötig, um unserer sozialen Verantwortung für die Stadt gerecht zu werden.

Erforderlich ist – das zeigen bisherige Erfahrungen – eine qualitative

Verbesserung der Zusammenarbeit von Fraktion und Partei. Künftig müssen in inhaltlichen Debatten, Konzeptionen und Alternativen gemeinschaftlicher erarbeitet und Entscheidungen besser vorbereitet werden. Verstärkte außerparlamentarische Aktivitäten müssen den Druck auf politische Entscheidungen erhöhen. Erfolg und Vertrauen können wir nur erringen, wenn alle Genossen sich engagiert, solidarisch und kompetent in die politische Arbeit einmischen.

Obwohl es auch eine Reihe von kritischen Stimmen gab, sprach sich die Mehrheit der Genossen auf den Basistagen für die Koalitionsvereinbarung aus.

Renate Tepper
BO 12 Weißensee

Forum: Eckpunkte zum Programm

Ja zu Eckpunkten!



Hier errichten
notorische Weltverbesserer

DIE NEUE LINKE.

Sie nehmen dazu Geduld, Toleranz,
Sachverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Gesponsert wird der Bau weder vom
dicken Geld, noch von Unternehmerverbänden.
Auch hat der Papst ihn noch nicht gesegnet.
Möge er trotzdem gelingen!

DIE LINKE. PDS

WASG

Die PDS hat es nicht vermocht, sich als eine allgemeine, in Ost wie West anerkannte sozialistische Partei zu profilieren. Selbst in Ostdeutschland geht die Mitgliedschaft zahlenmäßig zurück. Es ist eine Frage der Zeit, wie und wann

sie der Bedeutungslosigkeit ausgesetzt werden könnte.

Der gemeinsame Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 mit der WASG zur Wahlalternative Linkspartei.PDS hat ihr erstmals sichtbaren Auftrieb in Ost und West beschert. Allem Orakeln zum Trotz, dass sie ihr Ziel aufgegeben habe oder nicht mehr als Linke erkennbar sei, sind mit den Programatischen Eckpunkten vom 22.Oktober 2006 in Erfurt ad absurdum geführt.

Alle anderen, zumeist revolutionär tönenden linken Parteien bzw. Gruppierungen führen ein mehr oder weniger bedeutungsloses Dasein.

Dennoch sollte die neue Linke ihren Formierungsprozess nicht nur zielstrebig fortsetzen. Sie muss sich vor allem zu ihren Mitgliedern aufmerksam und solidarisch verbunden verhalten.

Ein weiteres bedeutsames Kriterium besteht darin, dass sie sich un-

bedingt zu einer Art Bildungsverein profiliert und ihre Mitglieder sich, vor allem aber ihre Funktionsträger sowohl mit den Grundfragen des Marxismus als auch mit den neuesten Erkenntnissen sozialpolitischen, ökonomischen und philosophischen Denkens auseinandersetzen.

Dabei sollten die Potenziale von Institutionen, wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke, Friedrich-Ebert-Stiftung systematisch genutzt und popularisiert werden. Die Partei muss sich geistig wappnen gegen jede Art reaktionären oder ahumanen Denkens sowie gegen Geschichtsklitterung und Demagogie.

Das ist nur möglich, wenn wir den neuesten Stand der Sozial- und Geisteswissenschaften verarbeiten, uns die Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik erschließen und zu deren Verbreitung beitragen.

Gerhard Ludwig
BO 7 Weißensee

Gemeinsamkeiten ausloten

Das programmatische Eckpunkt Papier lässt offen, ob die Linke eine sozialistische Partei sein wird und was sie unter Systemtransformation versteht. Im Rahmen einer „Nachbemerkung“ werden darüber hinaus gleich eine ganze Reihe von z.T. konkreten Grundsatzfragen aufgelistet, in denen offenbar

viel mehr als einen Konsens auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners.

Das Eckpunkt Papier geht immerhin davon aus, dass es trotz aller Fehlentwicklungen möglich sei, auf der Grundlage der gegebenen Bedingungen einen alternativen Entwicklungsweg zu beschreiten.

Ordnung des Friedens, der kollektiven Sicherheit und einer solidarischen Entwicklung.

Die im Eckpunkt Papier zusammengefassten Gemeinsamkeiten mögen „ein ausreichend stabiles Fundament“ darstellen, „um darauf eine neue Partei der Linken zu begründen“.



nach wie vor keine Annäherung, geschweige denn eine Einigung erzielt werden konnte.

Das Eckpunkt Papier erhebt allerdings auch nicht den Anspruch, ein fertiges Parteiprogramm zu sein. Es skizziert lediglich „das Maß an Gemeinsamkeit, das sich WASG und Linkspartei.PDS auf dem Wege zu einer neuen Partei erarbeitet haben.“ Als solches ist es vor allem Ausdruck der Heterogenität der sich neu formierenden Linken in Deutschland und formuliert nicht

Im Rahmen eines emanzipatorischen und transformatorischen Prozesses soll langfristig eine über den Kapitalismus hinausweisende gerechtere Gesellschaft geschaffen werden. Als Kernelemente dieser angestrebten gesellschaftlichen Umgestaltung benennt es recht allgemein eine Demokratisierung der Gesellschaft, eine soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft sowie eine umfassende Wirtschaftsdemokratie, eine neue umfassende Solidarität und eine internationale

Die programmatische Debatte wird erst nach der Parteigründung und dann innerhalb der neuen Partei stattfinden. Unter taktischen Gesichtspunkten ist dieses Timing nachvollziehbar.

Fest steht, dass diese heterogene neue Linke nur auf der Grundlage eines pluralistischen Selbstverständnisses und einer solidarischen politischen Kultur eine Zukunft besitzt.

Felix Lederle
(WASG Berlin)

Rechtsextremismus

Öffentlich gegen Rechts

extraDrei sprach mit Timm Köhler, Mitarbeiter der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr).

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und den Bezirkswahlen in Berlin 2006 sind rechte Parteien in die Parlamente gezogen. Wie hast Du Dich bei diesen Ergebnissen gefühlt? War der Erfolg der Rechten so zu erwarten?

Dass die rechtsextreme NPD und die Republikaner in die Parlamente einziehen können, deutete sich ja bereits vor den Wahlen an. Erschreckend war jedoch das Ausmaß des Stimmenzuwachses - in manchen Bezirken eine Verdoppelung der absoluten Stimmenzahlen.

Bei diesen Wählenden kann jedoch nicht von ProtestwählerInnen gesprochen werden. Die Gewaltexzesse von Rechtsextremen im Berliner Wahlkampf als auch die eindeutig rechtsextremen Äußerungen der NPD waren im Vorfeld der Wahlen ausführlich in den Medien thematisiert worden. Die Menschen wussten, wen sie wählen.

Wie sollten die demokratischen Parteien mit Rechten in den Parlamenten umgehen?

Auch wenn es für fünf Jahre schwer wird: Die Anwesenheit von Demokratiefeinden in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) können und dürfen wir nicht als Normalität annehmen. Rechtsextreme Inhalte müssen wahrgenommen, aufgedeckt und - inhaltlich begründet - zurückgewiesen werden. Allein „Nazis raus“ zu sagen reicht nicht. Wir können und müssen begründen, warum rechtsextreme Sichtweisen in unserer Gesellschaft nichts zu suchen haben.

Wir dürfen uns auch nicht auf „Tricks“ mit der Geschäftsordnung oder die Absenkung demokratischer Standards verlassen. Diese bedienen die „Opferrolle“ der Rechtsextremen und gehen zu Lasten auch der kleinen demokratischen Parteien. Was im Sächsischen Landtag gilt, stimmt auch für die Pankower BVV - keine Kumpelleien oder vertrauliche Flurgespräche. Die BVV-Sitzungen sind der richtige - weil öffentliche Ort - für die Auseinandersetzung mit den Rechten. Auch

bei knappen Mehrheitsverhältnissen darf nicht auf die Stimmen der Rechten spekuliert werden. Aber nicht nur die BVV allein muss sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus positionieren. Auch die Bezirksöffentlichkeit kann und sollte einbezogen werden.

Was ist in den letzten vier bzw. fünf Jahren passiert, dass die rechten Parteien so davon profitieren konnten?

Bei der Mehrheit der NPD WählerInnen muss davon ausgegangen werden, dass sie über ein rechtsextremes Weltbild verfügen. Repräsentative Untersuchungen belegen, dass rechtsextreme Einstellungen nicht mit Wahlverhalten gleichzusetzen ist. Die Mehrzahl der Menschen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild wählen in Berlin SPD, CDU und Linke. PDS und zwar in dieser Reihenfolge. Die NPD kommt erst an vierter Stelle. Wir erleben jetzt, dass die NPD dieses vorhandene Potenzial in der Bevölkerung für sich nutzbar macht. Einerseits kommt ihr zu Hilfe, dass mit der Großen Koalition auf Bundesebene und Rot-Roter Koalition auf Landesebene die demokratische Opposition geringer ausfällt und somit wenig attraktiv ist. Letztlich muss gesagt werden, dass die NPD vermehrt die soziale Frage thematisiert und sich als wählbare Partei etablieren möchte. Und hier liegen die Potenziale für Gegenstrategien: Thematisierung von Ungleichheit und Rückeroberung der sozialen Frage.

In den Medien wird häufig suggeriert, dass Rechtsextremismus nur ein ostdeutsches Problem sei. Wie schätzt Du das ein?

Das stimmt und stimmt nicht. Die erwähnten Einstellungsuntersuchungen zeigen, dass rechtsextremes Denken im Westen Deutschlands mindestens ebenso verbreitet ist wie im Osten. Unterschiede ergeben sich in Fragen zu Antisemitismus. Dieser ist im Westen mehr als doppelt so stark, während in den neuen Bundesländern Ausländerfeindlichkeit deutlich überwiegen. Die aktuelle Stärke der NPD im Osten hat jedoch noch andere Gründe: In den neuen Bundesländern ist die Zivilgesellschaft weni-



ger stark ausgeprägt. Die Folge ist, dass Orientierungspunkte für eine demokratische Alltagskultur fehlen und sich Rechtsextreme weit hin unhinterfragt entfalten können. Jugendliche, die in den letzten 15 Jahren ihre politische Sozialisation erlebt haben, sind mit Rechtsextremismus aufgewachsen und sehen ihn zunehmend als „normalen“ Bestandteil eines Meinungsspektrums.

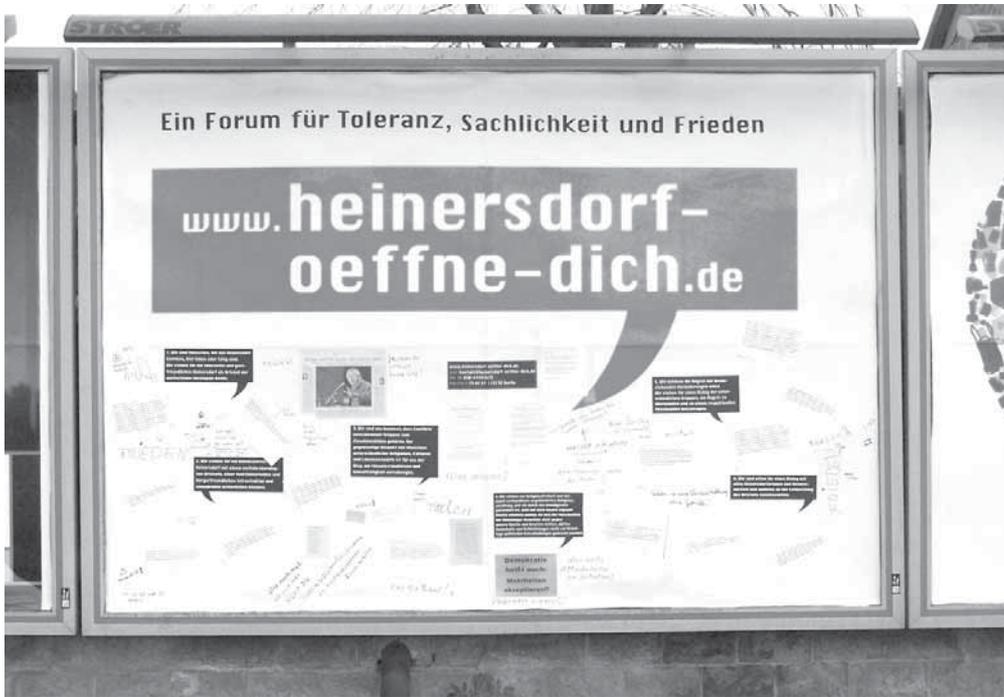
Was erwartet die Mobile Beratung von der Regierung in Berlin im Kampf gegen rechtes Gedankengut?

Berlin hat mit seinem Landesprogramm in den letzten Jahren gute Grundlagen geschaffen, die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konzeptionell und finanziell zu unterstützen. Laut Entwurf zum Koalitionsvertrag soll das fortgesetzt werden. Das allein reicht jedoch nicht. Nötig ist zum einen, dass sich der Senat auf Bundesebene für die Weiterfinanzierung der Strukturprojekte einsetzt und auch die notwendige Kofinanzierung absichert. Beispielsweise ist die Existenz der Pankower Netzwerkstelle „Moskito“ nach wie vor akut gefährdet.

Interview:
Julian Plenefisch

Neues aus Heinersdorf

Pro Moschee



Eine Moschee in Pankow würde das kulturelle Leben bereichern – diese Feststellung ist eine von vielen, die die Befürworter des Moscheebaus zur Unterstützung der neuen Initiative „Heinersdorf, öffne dich“ zum Ausdruck bringen. Heinersdorfer Bürger werben für ein gut nachbarliches Zusammenleben, das frei ist von Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit. „Wir stehen für ein tolerantes und gastfreundliches Heinersdorf als Ortsteil einer weltoffenen Metropole Berlin. Wir sind uns bewusst, dass Konflikte verschiedener Gruppen zum Zusammenleben gehören. Der gegenseitige Respekt von Menschen unterschiedlicher Religionen, Kulturen und Lebensentwürfe ist für uns der Weg, um Missverständnissen und Gewalttätigkeiten vorzubeugen.“

Mit ihrer Internetseite www.heinersdorf-oeffne-dich.de, einem Plakat an der Romain-Rolland-/Ecke Blankenburger Straße und einer Aktion am 17. November ging die neue Bürgerinitiative pro Moschee für Toleranz, Sachlichkeit und Frieden an die Öffentlichkeit. Die Redaktion von extraDrei unterstützt die Aktion. Wir hoffen, dass der angestrebte Dialog beitragen wird, die Ängste von Gegnern der Ahmadiyya-Moschee auszuräumen.

Renate Tepper

Personalie

Die Bezirksstadträtin und Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Almuth Nehring-Venus (Die Linke.PDS) wird aller Voraussicht nach noch im Dezember als Staatssekretärin in die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen wechseln. Wir wünschen Ihr bei dieser Aufgabe viel Erfolg und danken für die gute Arbeit der

letzten Jahre im Bezirk. Für den nun frei werdenden Stadtratsposten nominierte die Hauptversammlung der Pankower Linkspartei am 29. November das bisherige Mitglied des Abgeordnetenhauses Michail Nelken. Die Wahl des Stadtrates ist für den 13. Dezember in der Bezirksverordnetenversammlung geplant.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

27. November

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstands, Kopenhagener Straße 76

04. Dezember

18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fröbelstraße 17

07. Dezember

16.00 Uhr

Jahresabschlussfeier der AG Senioren, Kopenhagener Straße 76

19 Uhr

Basistag, Debatte zu den Eckpunkten zum neuen Parteiprogramm und Statut, Gast: Katina Schubert, Stellv. Parteivorsitzende, Kopenhagener Straße 76

08. Dezember

18.00 - 22.00 Uhr

Debatte zur Wahlauswertung, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, Nähe Ostbahnhof

11. Dezember

18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fröbelstraße 17

13. Dezember

18.00 Uhr

Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, BVV-Saal, Fröbelstraße 17

13. Dezember

18.00 Uhr

Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, BVV-Saal, Fröbelstraße 17

14. Dezember

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Kopenhagener Straße 76

14. Januar

Ab 9.00 Uhr

„Rosa und Karl“ Friedhof der Sozialisten, Lichtenberg

31. Januar

18.00 Uhr

Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, BVV-Saal, Fröbelstraße 17

Impressum

Herausgeber:

Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Drei

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.:

Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

29. November 2006

Druck: double express

Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.